

Marco Wanderwitz

Platz der Republik 1
11011 Berlin

marco.wanderwitz
@bundestag.de

stets tagesaktuelle
Informationen unter
twitter.com/wanderwitz



Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Thema, das das Land in den letzten Monaten intensiv beschäftigte, konnten wir vergangene Woche im Deutschen Bundestag zu einem guten Ende führen: Mit der Verabschiedung des Gesetzentwurf der CDU/CSU- und SPD-Frakturen zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch wird das ungeborene Leben auch künftig geschützt. Das steht an erster Stelle. Ebenso ist es wichtig, dass die Konfliktberatung in anerkannten Beratungsstellen in ihrer Bedeutung als umfassende ergebnisoffene Familienberatung nicht an Wichtigkeit verliert. Familien werden in diesen Situationen auch künftig nicht allein gelassen. Zudem wird mit dem Ge-

setz nun der Zugang zu Information für die Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch erwägen, verbessert. Das ist wichtig, denn für die betroffenen Frauen ist es unerlässlich, dass ihnen umfassend, sachgerecht und ohne Geschäftsinteresse dahintergeholfen wird. Darüber hinaus erfahren Ärzte, Krankenhäuser und Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, zukünftig mehr Rechtssicherheit. Werbung für den Schwangerschaftsabbruch ist aber weiterhin verboten. Das ist richtig so, da es sich eben nicht um eine normale ärztliche Leistung handelt.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in den Boomregionen ist als Baustaatssekretär derzeit eine meiner wichtigsten Herausforderungen. Vergangene Woche habe ich dem

mdr dazu das „Interview der Woche“ gegeben: https://www.mdr.de/nachrichten/audio-interview-der-woche-marco-wanderwitz-100_zcfd08c406_zs-950f04ff.html

Von Berlin nach Rochlitz. Nachdem wir eine ganze Weile gesucht hatten, bin ich nun mit meinem Landtagskollege Staatsminister Thomas Schmidt MdL mit einem weiteren Wahlkreisbüro im nördlichen Teil des Wahl-



Inhalt dieser Ausgabe:

der Pakt für den Rechtsstaat nimmt Fahrt auf +++ die CDU geht in die Werkstatt +++ Region Leipzig/Halle wird Sitz der neugegründeten Agentur für Cybersicherheit +++ Beamforming macht schnelles LTE-Mobilfunk-Netz noch schneller +++ Bund bringt neue Forschungsstrategie gegen den Krebs auf den Weg +++ Sachsen bleibt Autoland +++ Kinder vor Missbrauch schützen +++ Koalition bringt Maßnahmen gegen Sozialleistungsbetrug auf den Weg +++ Tierwohl geht uns alle an +++ Ergebnis der Kohlekommission ist große Chance für Sachsen +++ gemeinsames deutsch-französisches Manifest zur Industriepolitik

kreises präsent. Immer montags, mittwochs und freitags sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wir sind Untermieter des DRK, am Markt 7 vor Ort. Wir Abgeordnete führen jeweils regelmäßig Bürgersprechstunden durch. Mit meinen bisherigen Wahlkreisbüros in Burgstädt, Hohenstein-Ernstthal und Stollberg/Erzg. sind die Wege nun allerorts kurz.

Vor Ort finden in diesen Tagen überall die Aufstellungen für die am 26. Mai gemeinsam mit der Europawahl anstehenden Kommunalwahlen statt. Spitzenkandidat der CDU Sachsen für die Europawahl ist im Ergebnis der Landesvertreterversammlung am 19. Januar Peter Jahr aus Lunzenau. Am 9. Februar hat der CDU-Kreisverband Zwickau, dem ich vorsitze, in Glauchau sein Kreistagswahlprogramm beschlossen und 147 Kandidatinnen und Kandidaten für die Kreistagswahl aufgestellt. Wir treten damit mit der maximal möglichen Bewerberzahl an. Ich freue mich, dass das Interesse die Heimat mitzugestalten



so groß ist. Auch ich selbst bewerbe mich wieder um ein Kreistagsmandat. Die ehrenamtliche kommunalpolitische Arbeit ist mir wertvolle Rückbindung.

Ihr

der Pakt für den Rechtsstaat nimmt Fahrt auf

Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder schlossen kürzlich den Pakt für den Rechtsstaat. Beiden Ebenen ist die Bedeutung des Rechtsstaats für die demokratische Gesellschaft bewusst.

Die Länder verpflichten sich, bis Ende 2021 insgesamt 2.000 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte zu schaffen. So können Verfahrenszeiten deutlich verkürzt werden. Der Bund erhöht die Stellenanzahl beim Generalbundesanwalt um gut ein Drittel in 2018/2019, schafft darüber hinaus neue Stellen am Bundesgerichtshof, unter anderen erhält dabei der Standort Leipzig einen weiteren Strafsenat.

Ebenso erfährt die Polizei eine Aufwertung. In den jeweiligen Zustän-

digkeitsbereichen schaffen Bund und Länder je 7.500 neue Stellen.

Eine Überprüfung sowie Modernisierung der bestehenden Vorschriften, insbesondere der Strafprozessordnung, der Zivilprozessordnung und im Verwaltungsrecht, werden Gerichtsverfahren beschleunigen und vereinfachen. In Folge dessen wird die Verschleppung von Strafverfahren durch den Missbrauch von Verfahrensrechten erschwert. Die Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung wird darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Beschleunigung der Verfahren leisten.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der Schutz der Bürgerinnen und Bürger zentrale Aufgabe des Staates. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass

Verfahren schnell entschieden werden, denn eine schnelle und effiziente Justiz kann Kriminalität nachhaltig bekämpfen. Mit diesem Kernanliegen der Unionsbundestagsfraktion wurde nunmehr ein Vorhaben des Koalitionsvertrages aufgenommen und umgesetzt. Einmalig stellt der Bund den Ländern dabei 220 Millionen Euro für deren Umsetzung bereit. Ein weiteres Mal gibt es also Bundesgeld für die Erfüllung von Landesaufgaben.

Zudem werden in Karlsruhe und Leipzig das „Forum Recht“ eingearbeitet. Vergleichbar dem Haus der Geschichte in Bonn soll so das Recht, unser Rechtsstaat und die Geschichte des Rechts erfahrbar gemacht und zeitgeschichtlich erläutert sowie eine Austauschplattform geschaffen werden.

die CDU geht in die Werkstatt

Auf der ersten Klausur des neuen CDU-Bundesvorstands, dem Marco Wanderwitz angehört, wurden am 13./14. Januar in Potsdam erste Pflöcke der künftigen Aufstellung der Partei eingeschlagen.

Die Themen Migration, Sicherheit und Integration beschäftigen die

Bürger in Deutschland und Europa auch weiterhin. Also war das erste Werkstattgespräch, ein neues Format, das Fachpolitiker und Praktiker zusammenführt, am 10./11. Februar in Berlin diesen Themen gewidmet.

Zwischen 2015 und 2017 hatten wir eine Gesamtmigration von 4,5

Millionen Menschen nach Deutschland. Davon 2,5 Millionen, die größte Gruppe, durch EU-Binnenmigration, 1,5 Millionen durch Asyl und Flucht, ½ Million durch Erwerbs- und Bildungszuwanderung.

Es ist die Aufgabe der CDU als Volkspartei, dass wir für diese Heraus-

forderung Lösungen finden. Diese müssen auf der einen Seite national funktionieren und Sicherheit garantieren. Auf der anderen Seite müssen sie dazu beitragen, dass wir einen zweiten Schutzmantel - ein starkes und funktionierendes Europa - dadurch nicht aufgeben oder gefährden. Diesen Spagat müssen wir in unserer Migrations- und Sicherheitspolitik für die Zukunft gewährleisten. In der Migrationspolitik ist es die Aufgabe der Union, verbindende Lösungen zu finden. Wir müssen Humanität und Härte vereinen, also gleichzeitig die Menschenwürde jedes Einzelnen achten, aber dennoch auf allen Ebenen konsequent han-

deln. 2015 war eine besondere Situation, die sich nicht wiederholen darf. Seitdem haben wir in Deutschland und Europa den gesetzlichen Rahmen sowie die Strukturen und Instrumente zur wirksamen Steuerung, Ordnung und Begrenzung der Migration stark weiterentwickelt. Dadurch sind andere politische Entscheidungen möglich; in der letzten Konsequenz, wenn notwendig, auch im Hinblick auf Kontrollen und Zurückweisungen an den deutschen Grenzen. Wir brauchen ein umfassendes und in sich schlüssiges Migrationsmonitoring für alle Formen der Migration, inklusive der Reisebewegungen. Da-



mit sollen Migrationsbewegungen und entstehende Brennpunkte in einem Frühwarnsystem sichtbar gemacht werden.

Wir wollen Schengen vollenden:

- einmaliges Asylverfahren innerhalb der EU mit gemeinsamen Standards
- europäische Grenzagentur FRONTEX zu operativer Grenzpolizei ausbauen
- Schaffung eines elektronischen Ein- und Ausreiseregisters auf EU-Ebene
- Prüfung des Einreisegrundes (Asyl, Flucht oder andere Gründe) an den Außengrenzen des Schengenraums
- einheitliches Datensystem für nationale und internationale Behörden

Wir wollen Migration in und nach Deutschland ordnen, steuern und begrenzen:

- weiter beschleunigte Asylverfahren
- Attraktivität Deutschlands für Nichtschutzberechtigte weiter verringern
- intelligente Grenzüberwachung und Kontrollen entlang der Reisewege
- Möglichkeit, deutlich spürbare Sanktionen zu verhängen bei gewalttätigem Verhalten, Täuschen bei vorhandenen Finanzmitteln, Pflichtverletzung der Wohnsitzauflage oder Nicht-Mitwirkung im Asylverfahren

- Ausweisungen Straffälliger erleichtern; sofortige Ausweisung bei Gewalt gegen Polizisten, Sexualstraftaten sowie Strafen über 90 Tagessätzen

Wir wollen die Ausreisepflicht besser durchsetzen:

- Abschiebehafte ermöglichen für Ausreisepflichte, die sich Abschiebung entziehen
- Ausreisegewahrsam ausweiten und Sicherungshaft erleichtern
- Sanktionierung für nicht kooperative Staaten in den Bereichen Passwesen und Identitätsfeststellung
- Leistungskürzung bei selbstverschuldeter Verzögerung der Ausreise

Wir wollen Integration weiter stärken:

- Kommunen als Integrationskoordinatoren
- Bund und Länder zuständig für Aufenthalt und Rückführung
- Prinzip des Fördern und Fordern konsequent anwenden: von Anfang an Vermittlung von Sprache und Werten bei wirksamen Leistungskürzungen für Integrationsverweigerer

Region Leipzig/Halle wird Sitz der neugegründeten Agentur für Cybersicherheit

Gemeinsam verkündeten am 31. Januar Bundesinnenminister Horst Seehofer und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen den Standort für die neue Cyberagentur des Bundes: die Region Leipzig/

Halle. Aufgabe der entstehenden Bundesbehörde zum Schutz militärischer und ziviler Infrastruktur vor Angriffen über das Internet wird es sein, technologische Sprunginnovationen zu entdecken, diese

gezielt zu entwickeln und dadurch mittel- bis langfristig zur Technologiesouveränität auf dem Gebiet der Cybersicherheit für die Deutschland beitragen.

Gut 100 hochspezialisierte Ar-

beitsplätze sollen dazu dienen, die Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Cybersicherheit voran zu treiben. Begleitende Unternehmensansiedlungen von klein- und

mittelständischen Unternehmen im Umland können der mitteldeutschen Metropolregion einen zusätzlich belebenden Schub geben. Als Bundesministerium des Innern,

für Bau und Heimat sehen wir in diesem Vorhaben einen weiteren Schritt, das Ziel der Bundesregierung von gleichwertigen Lebensverhältnissen weiter voran zu bringen.

Beamforming macht schnelles LTE-Mobilfunk-Netz noch schneller

In Stollberg/Erzg. gelang der Firma Vodafone der Aufschlag für die Beamforming-Technologie in Sachsen. Gemeinsam mit Vertretern des Mobilfunkanbieters nahmen Marco Wanderwitz und CDU-Landtagskollege Rico Anton die technische Aufwertung des LTE-Mobilfunknetzes in Betrieb.

Der Einsatz verbesserter Antennentechnik ermöglicht es den Nutzern nun sowohl unterwegs als auch daheim in DSL-unterversorgten Bereichen vom schnellen Mobilfunk zu profitieren. Die Anwender können durch ein Verfünfachen der bisherigen Netzkapazität nun mit bis zu 100 Mbit pro Sekunde surfen.

Besonders freut Marco Wanderwitz, dass mit Burgstädt eine weitere Kommune seines Wahlkreises in diesem



Frühjahr die Vorzüge der neuen Technologie erhalten wird: „Beamforming ist ein gutes Beispiel, wie moderne Ingenieurskunst bestehende Infra-

strukturen effektiv nutzt und eine Leistungsfähigkeit ermöglicht, die zukünftige Technologien bereits heute ankündigt.“

Bund bringt neue Forschungsstrategie gegen den Krebs auf den Weg

Krebserkrankungen möglichst verhindern, Heilungschancen durch neue Therapien verbessern, Lebenszeit und -qualität von Betroffenen erhöhen, das sind die Ziele der „Nationalen Dekade gegen Krebs“. Kürzlich erfolgte der Startschuss für das Gemeinschaftsprojekt durch Bundesforschungsministerin Anja Karliczek und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn.

Krebs ist in Deutschland die zweithäufigste Todesursache und die Krankheit, die den Menschen am

meisten Angst macht. Im Kampf gegen die Erkrankung wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und vielen Partnern aus Forschung, Versorgung und Selbsthilfe die Aktivitäten zur Krebsbekämpfung verstärken und bündeln. In einem ersten Schritt fördert das BMBF praxisverändernde klinische Studien zur Prävention, Diagnose und Therapie von Krebserkrankungen: hierfür werden 62 Millionen Euro zur Verfügung ge-

stellt.

Die Dekade gegen Krebs ist eine langfristige und lernende Initiative, die für weitere Partner offen ist. Ein Strategiekreis, dem Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Organisationen, u.a. die Deutsche Krebshilfe und das Deutsche Krebsforschungszentrum angehören, wird die Dekade eng begleiten. Das Gremium definiert zentrale Forschungsaufgaben und setzt Arbeitsgruppen ein, die Lösungen für die größten Herausforderungen entwickeln werden.

Sachsen bleibt Autoland

Die CDU Sachsen bekennt sich zum Freistaat als starkem Automobilstandort und fordert in der aktuellen öffentlichen Debatte um Schadstoff-

grenzwerte, die Dieselschadstoffe und den damit in Verbindung stehenden Fahrverboten mehr Sachlichkeit. Pauschale Dieselfahrverbote wür-

den zahlreiche Familien, Pendler und Handwerker treffen. Deshalb unterstützen wir Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer dabei, gegenüber

der Europäischen Kommission eine zeitnahe, umfassende Überprüfung und toxikologische Neubewertung der bestehenden Grenzwerte bei Stickoxiden und anderen Luftschadstoffen anhand aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse zu erwirken. Ziel muss es sein, einheitliche europäische Verfahren und Standards zu erreichen. Dazu gehört eine Überprüfung und gegebenenfalls Neupositionierung sämtlicher Messstellen, ebenso wie ein Abgleich zu den zulässigen NO₂-Grenzwerten am Arbeitsplatz und in Privaträumen.

Gleichzeitig sprechen wir uns gegen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen aus. Zur Reduzierung von Emissionen braucht es statt einer Verbotskultur vernünftige und kreative Lösungen wie beispielsweise stärkere Investitionen in Materialfor-



Am 7. Februar sprach Marco Wanderwitz beim 13. Neujahrsempfang der Wirtschaftsregion Chemnitz. Foto: Anett Weigelt

schung und Entwicklung moderner Antriebstechnologien. Hierbei haben die Einhaltung der Klimaschutzziele und eine saubere Luft hohe Priorität. Das Papier des Landesvorstands, dem Marco Wanderwitz angehört, am

4. Februar in Dresden beschlossen, im Internet: <https://www.cdu-sachsen.de/Dateien/sachsen-bleibt-autoland-mit-neuer-mobilitaet-und-sauberer-luft-statt-verbotskultur-und-hysterie/1096791>.

Kinder vor Missbrauch schützen

Die Unions-Bundestagsfraktion beschloss kürzlich das Positionspapier „Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen“. Für die CDU/CSU-Fraktion gehört der Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen zu den wichtigsten kinderpolitischen Aufgaben. Es ist eine unhaltbare Situation, dass sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zum „Grundrisiko“ einer Kindheit auch in Deutschland gehört. Mit einem großen Maßnahmenpaket der Rechts- und Familienpolitiker nimmt die Unionsfraktion deshalb den Kampf für einen wirksameren Schutz von Kindern und Jugendlichen gegen sexuellen Missbrauch auf. Im 26 Punkte umfassenden Papier wird herausgearbeitet, wie künftig Hilfesysteme für Betroffene verbessert, die Ermittlungstätigkeiten gestärkt, konsequente Strafverfolgung ermöglicht und Präventionsangebote gestärkt und ausgebaut werden sollen.

Viele Betroffene bleiben ihr Leben lang durch die Missbrauchserfahrungen geprägt. Jedes Jahr erleiden

leider zehntausende Kinder und Jugendliche sexuelle Gewalt - in der eigenen Familie, im sozialen Umfeld, in Bildungseinrichtungen oder bei der Nutzung digitaler Medien. Die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2017 spricht von rund 13.500 angezeigten Fällen. Die Dunkelziffer dürfte noch um ein Vielfaches höher sein. Wissenschaftlich nachgewiesene Zusammenhänge zwischen den belastenden Erlebnissen und einer Vielzahl an psychischen und körperlichen Auffälligkeiten machen deutlich, dass das gesamte Leben der betroffenen Kinder und Jugendlichen durch die Missbrauchserfahrungen geprägt bleibt.

Auch wenn bereits in der vergangenen Legislaturperiode mit einer Verschärfung des Sexualstrafrechts eine erste wichtige Verbesserung im Kinderschutz erreicht worden ist, bedarf es einer noch weit umfassenderen Agenda, um wirksam gegen Kindesmissbrauch vorzugehen. Und diese Agenda sieht etwa eine Strafverschärfung für den Besitz von Kin-

derpornographie ebenso vor wie die Verschärfung des Tatbestandes des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen. Geplant ist außerdem die Schaffung eines neuen Tatbestandes, der das Betreiben von Handelsplattformen etwa zur Vermittlung kinderpornografischen Materials im sogenannten Darknet unter Strafe stellt. Und schon der Versuch des sogenannten Cybergroomings, die Kontaktaufnahme pädokrimer Täter mit Kindern im Internet, soll künftig strafbar sein.

Den Ermittlern sollen mehr Möglichkeiten an die Hand gegeben werden, um der Täter habhaft zu werden. So sollen etwa die Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden können, Verbindungsdaten länger zu speichern. Ziel dessen ist es, die Anbieter von kinderpornografischem Material überwachen zu können. Bei allen datenschutzrechtlichen Einwänden besteht dabei kaum die Gefahr, dass unbeteiligte Bürger ins Visier geraten. Eine weitere Forderung ist darauf gerichtet, eine gesetzliche

Meldepflicht für Internet Service Provider einzuführen bei Verdachtsfällen von Kinderpornographie, wie es beispielsweise in den USA längst gang und gäbe ist.

Die Unionsfraktion möchte zugleich die Hilfesysteme für Betroffene stärker ausbauen. Ein Ansatz sind hier die spezialisierten Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend, die es jetzt auch als mobile Fachberatungsstellen geben

soll. Hierfür sind bereits Mittel im Bundeshaushalt eingeplant. Dies ermöglicht in bisher nicht versorgten ländlichen Regionen mobile Teams aufzubauen, um Betroffene und ihre Familien künftig vor Ort beraten und unterstützen zu können. Im Hinblick auf Prävention sollen u.a. Schutzkonzepte gegen sexuellen Kindesmissbrauch in allen Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten, etabliert werden. Ehrenamtliche Vormünder sollen

künftig ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen müssen. Außerdem setzt sich die Union dafür ein, dass bei einem Erfolg des zurzeit als Modell laufenden Präventionsprogramms „Kein Täter werden“ eine Teilnahme als Kassenleistung anerkannt wird.

Das Positionspapier im Internet: <https://www.cducsu.de/sites/default/files/2019-02/Pos.papier%20-%20Sexuellen%20Kindesmissbrauch%20bek%20C3%A4mpfen.pdf>.

Koalition bringt Maßnahmen gegen Sozialleistungsbetrug auf den Weg

Die unionsgeführte Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch beschlossen. Damit soll noch effektiver gegen Schwarzarbeit, Mindestlohnverstöße und Betrug bei staatlichen Leistungen vorgegangen werden.

Auch EU-Ausländer haben für die Dauer ihres Arbeitsaufenthalts in Deutschland Anspruch auf Kindergeld. Leider findet hier auch Missbrauch statt, den wir besser verhindern wollen. Und zwar durch eine eigene Prüfungskompetenz innerhalb der Familienkasse und einen Leistungsausschluss für neu zugezogene, noch nicht erwerbstätige Unionsbürger in den ersten drei Monaten.

Zudem soll den Familienkassen die

Möglichkeit eingeräumt werden, laufende Kindergeldzahlungen bei begründetem Zweifel sofort einzustellen.

Mit dem neuen Gesetz werden auch die Aufgaben des Zolls hierzu in erheblichem Maße erweitert. Die Zollverwaltung soll in zahlreichen Fällen tätig werden können, insbesondere im Hinblick auf:

- Scheinarbeit oder vorgetäuschte selbstständige Beschäftigung
- Unterstützung der Familienkassen bei der Bekämpfung von Kindergeldmissbrauch
- Anbahnung illegaler Beschäftigung auf „Tagelöhner-Börsen“
- Arbeitsausbeutung und damit verbundenen Menschenhandel
- Angebote von Schwarzarbeit in Zeitungen, Zeitschriften und Online-

Plattformen

- missbräuchliche Unterkunftsbereitstellung, beispielsweise in Abrisshäusern

Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit beeinträchtigen den Wettbewerb. Gesetzestreue Unternehmen können im Wettbewerb gegen die oft erheblich günstigeren, illegal handelnden Anbieter nicht bestehen und werden so in ihrer Existenz bedroht. Dies führt zum Verlust von legalen Arbeitsplätzen und verhindert die Schaffung neuer legaler Arbeitsplätze. Zusätzlich schädigen illegale Beschäftigungsverhältnisse rechtstreue Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die mit ihren Sozialversicherungsbeiträgen die entstehenden Ausfälle ausgleichen müssen. Deshalb handeln wir entschlossen.

Tierwohl geht uns alle an

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat jüngst Kriterien für ein staatliches Tierwohlkennzeichen vorgestellt. Wir wollen so die Akzeptanz der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in der Gesellschaft stärken.

Verbraucherinnen und Verbraucher suchen verlässliche und verständliche Orientierungshilfen, damit sie erkennen können, wie das

Tier gehalten wurde. Nur so können Kunden informierte und selbstbestimmte Kaufentscheidungen treffen und damit eine besonders tierwohlgerichte Erzeugung von Lebensmitteln in Deutschland bewußt fördern. Bei der Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln sind Klarheit und Wahrheit unsere Richtschnur.

Tierwohl ist ein Mega-



trend, wenn es um unsere Ernährung geht. Gleichwohl schaffen Umfragen allein noch keine Umsätze. Die große Mehrheit der Kundinnen und Kunden ist und bleibt an der Ladentheke sehr preissensibel. Dies hat vor wenigen Wochen erst wieder eine Studie

der Hochschule Osnabrück ergeben. Deswegen brauchen wir eine staatliche Tierwohlkennzeichnung, die die Verbraucher in der Breite anspricht und nicht nur in der Nische verharrt. Dafür ist eine realistische und praktikabel ausgestaltete staatliche Ein-

stiegsstufe unter Einbeziehung der bewährten Initiative Tierwohl notwendig. Nur so können wir eine breite Marktdurchdringung sicherstellen. Das Geld für mehr Tierwohl muss bei den Landwirten und damit bei den Tieren ankommen.

Ergebnis der Kohlekommission ist große Chance für Sachsen

40 Milliarden Euro für drei Reviere - das ist eine gewaltige Zahl. Wir hätten als Freistaat Sachsen nicht die Möglichkeit, die Lausitz und das mitteldeutsche Revier in so einem Umfang zu entwickeln. Das was wir das jetzt im Ergebnis bei der bei Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier angesiedelten Strukturwandelkommission Kohle können, ohne anderweitig Einschnitte machen zu müssen, ist ein großer Erfolg. Das Geld soll unter anderem in den Ausbau von Straßen und Bahnverbindungen sowie die

Ansiedlung von Forschungseinrichtungen fließen. Auch öffentliche Arbeitsplätze sollen vor Ort entstehen.

Die Kommission, geleitet u.a. von Alt-Ministerpräsident Stanislaw Tillich, hatte sich auf einen schrittweisen Ausstieg aus der Kohlenutzung zur Stromgewinnung bis zum Jahr 2038 geeinigt. Die Kohleländer Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und NRW sollen vom Bund über 20 Jahre insgesamt 40 Milliarden Euro bekommen, um den Kohle-Ausstieg strukturell zu verkräften - 1,3 Milli-

arden Euro pro Jahr für Infrastrukturmaßnahmen und 700 Millionen Euro pro Jahr als projektoffene Förderung in den Revieren. In den Jahren 2023, 2026, 2029 und 2032 sollen der Prozess, d.h. sowohl die Fortschritte des Strukturwandels als auch die Entwicklung der Energiepreise, geprüft werden.

Als Bundesinnenministerium sehen wir im Ergebnis dieser Kommission gute Impulse für die bei uns bis zum Sommer arbeitende Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse.

gemeinsames deutsch-französisches Manifest zur Industriepolitik

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat im Februar mit seinem französischen Amtskollegen ein gemeinsames Manifest für die Industriepolitik beschlossen. Wir brauchen eine europäische Industriestrategie, damit wir unsere Industrie für den harten globalen Wettbewerb zukunftsfähig machen können; das wird eine wichtige Aufgabe für die Kommission nach der Europawahl sein. Zentral ist die gezielte Förderung von Schlüsselinnovationen, die Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen etwa im Wettbewerbsrecht und, wo erforderlich, auch der Schutz unserer Schlüsselindustrien. Dabei geht es auch um ganz konkrete Kooperationen: Nach der Mikroelektronik wollen wir jetzt auch ein europäisches Konsortium für die Batteriezellfertigung unterstützen und auf den Weg bringen. Wir brauchen in Deutschland und Europa eine wettbewerbsfähige, innovative und umweltschonende Batteriezellen-



Auf der traditionellen Grünen Woche in Berlin besuchte Marco Wanderwitz wieder die heimischen Aussteller.

produktion. Batteriezellen werden in Zukunft einen großen Anteil der Wertschöpfung in der Automobilindustrie darstellen, daran müssen wir unbedingt teilhaben.

Mit dem deutsch-französischen Manifest über die Industriepolitik erneuern die beiden Minister gemeinsam die Forderung nach einer europä-

ischen Industriestrategie an die nächste Europäische Kommission, die nach der Europawahl im Mai gebildet wird. Das Manifest unterbreitet konkrete Vorschläge für die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für eine starke europäische Industrie, unter anderem im Bereich des Wettbewerbs- und Beihilferechts

sowie der Innovationspolitik.

Die Idee, die deutsche und europäische Wettbewerbsfähigkeit mittels

der Förderung von Schlüsseltechnologien und ganzer Wertschöpfungsketten zu stärken, liegt auch dem

Entwurf einer Nationalen Industriestrategie 2030 zugrunde, den Minister Altmaier kürzlich vorgestellt hat.

Buchtipps: Regieren - Innenansichten der Politik

Jeder weiß, wie die Arbeit eines Lehrers oder eines Arztes aussieht, was genau aber macht ein Politiker, zumal ein Minister? Thomas de Maizière, der 28 Jahre lang Regierungsverantwortung in unterschiedlichsten Positionen übernommen hat, bietet

Innenansichten und erklärt anhand zahlreicher Beispiele aus seiner Amtszeit, wie regiert wird. Ein wichtiges Buch in einer Zeit zunehmender Entfremdung zwischen Teilen der Gesellschaft und ihren gewählten Repräsentanten. Lesenswert.



Buchtipps: Antisemitismus in der DDR

Antisemitismus war in der ehemaligen DDR, die als antifaschistischer Staat begründet wurde, per se nicht artikulierbar und scheinbar auch nicht vorhanden. Als Element faschistischer Ideologie galt Antisemitismus als überwunden. Dagegen gehörte der politisch instrumentalisierte Antizionismus, der Israel als Feindstaat definierte, jahrelang zur

Staatsdoktrin. Die Folgen des negativen Israelbildes sind bis heute spürbar. Vor dem Hintergrund einer neu auflebenden Fremdenfeindlichkeit scheint es dringend geboten, die Traditionen und Wirkungen jüdenfeindlicher Ressentiments in der ehemaligen DDR in den Blick zu nehmen. Das tut Wolfgang Benz als Herausgeber.



Marco Wanderwitz unterwegs

In den Nichtsitzungswochen des Bundestages ist Marco Wanderwitz im Wahlkreis unterwegs, um zu sehen, zuzuhören und zu diskutieren. Auch Gäste aus der Heimat besuchen regelmäßig das politische Berlin. In den letzten

Wochen absolvierte Marco Wanderwitz neben den im Newsletter erwähnten Terminen, vielen Gesprächen mit Kommunalpolitikern, Vereinen, Unternehmern und dem Besuch von Parteiveranstaltungen u.a. folgende Termine:

- Besuch der 27. Rammlerschau in Erlau
- Teilnahme Neujahrsempfang in Stollberg/Erzg.
- „Praktikum“ Kita Rasselbande in Meinersdorf
- Gespräch mit Vertretern des Kulturbüro Sachsen
- Besuch Firma Leuteritz Anlagenbau Penig
- Gesprächsrunde im Frauenzentrum Hohenstein-Ernstthal
- Gespräch mit Hauptgeschäftsführer Böttcher, Kreislandwirtschaftsverband Erzgebirge
- Teilnahme feierliche Einweihung Namenstafel am Ehrengrab in Chemnitz für die Opfer der stalinistischen Gewaltherrschaft von Waldheim und Hoheneck 1950-1954
- Gespräch mit stellvertretendem Hauptgeschäftsführer Neuberg, Industrie- und Handelskammer Chemnitz
- Gespräch der CDU-Landesgruppen Thüringen und Sachsen mit dem Vorstand der AOK Plus



Kürzlich war auch wieder eine große Schülergruppe aus dem Wahlkreis im politischen Berlin zu Gast. Dieses Mal von der Gerhart Hauptmann Oberschule Limbach-Oberfrohna.

Bürgersprechstunde

Wahlkreisbüro Burgstädt Obergasse 7 09217 Burgstädt Tel.: 03724/668830	Wahlkreisbüro Hohenstein-Ernstthal Schulstraße 32 (Eingang Külz-Platz) 09337 Hohenstein-Ernstthal Tel.: 03723/667450
Donnerstag, 7.3.: 09.30 - 11.30 Uhr Dienstag, 23.4.: 15.30 - 17.30 Uhr	Mittwoch, 6.3.: 15.00 - 16.30 Uhr Dienstag, 23.4.: 10.00 - 13.00 Uhr
Wahlkreisbüro Rochlitz Markt 7 09306 Rochlitz	Wahlkreisbüro Stollberg/Erzg. E.-Thälmann-Str. 22 09366 Stollberg/Erzg. Tel.: 037296/932470
Mittwoch, 24.4.: 12.30 - 14.30 Uhr	Donnerstag, 25.4.: 13.30 - 16.30 Uhr Dienstag, 21.5.: 13.30 - 15.30 Uhr

Telefonsprechstunde


Sie erreichen Marco Wanderwitz direkt am Schreibtisch im Bundestag unter 030/22773669:

Dienstag, 12.3.: 12.45 - 14.45 Uhr
 Donnerstag, 9.4.: 12.45 - 14.45 Uhr

Marco Wanderwitz twittert

- 22.2.: Mit @der_Seehofer auf zur #Bauministerkonferenz. Haben gemeinsam mit den Ländern viel auf der Agenda in Umsetzung Wohngipfel. #Bau #Wohnen @BMI_Bund
- 20.2.: Als Landesgruppe haben wir heute Nachmittag die Gelegenheit des Vermittlungsausschusses genutzt und gleich wieder einmal länger mit unserem Ministerpräsident @MPKretschmer gesprochen. Viele bundespolitische Themen derzeit, die für #Sachsen von großer Bedeutung sind.
- 19.2.: Berichterstattegespräch mit den Bundestagsfraktionen nun zum Thema #Antiziganismus. Ein Thema, das bei uns im @BMI_Bund in der Grundsatzabteilung angesiedelt und im Koalitionsvertrag hinterlegt ist. Expertenkommission wird uns beraten.
- 11.2.: Heute Abend diskutieren wir als Landesgruppen SPD & @cducsbt mit Braunkohlerevieren (Brandenburg, Sachsen-Anhalt, NRW & #Sachsen) gemeinsam mit der Bundeskanzlerin, den Ministerpräsidenten & den Kommissionsvorsitzenden die Ergebnisse der #Kohlekommission. Wichtig. @MPKretschmer
- 10.2.: Einige Details zu unseren 147 Kreistagskandidatinnen & -kandidaten: 13 Bürgermeisterinnen & Bürgermeister, 39 Frauen, #JU-Kreisvorsitzender Jan Schuster Spitzenkandidat Wahlkreis Bernsdorf/Gersdorf/Lichtenstein/St. Egidien. Viele junge Leute. #CDU #Zwickau Kurs auf gute Zukunft!
- 6.2.: Heute Abend stellen wir als CDU in der „Zeche“ unsere Stadtratsliste für die Kommunalwahl am 26. Mai in #HohensteinErnstthal auf. Erfreulich viele & gute Kandidatinnen & Kandidaten. Wir wollen weiterhin gemeinsam mit OB @klugelars unsere schöne Heimatstadt zukunftsfähig gestalten
- 31.1.: Saul #Friedländer überlebte als Kind die Shoa & hielt uns heute im Bundestag eine bewegende Rede. Wir dürfen nie vergessen, was Deutsche zu tun schon einmal im Stande waren. Und wir dürfen die neuen Nazis nicht mit Glacéhandschuhen behandelt sondern müssen sie offen-siv stellen!

stets tagesaktuelle
Informationen unter
twitter.com/wanderwitz



jetzt für Jugend und Parlament bewerben

Einmal selbst in die Rolle einer oder eines Bundestagsabgeordneten schlüpfen und eine Rede im Plenarsaal des Deutschen Bundestages halten? Beim alljährlich stattfindenden Planspiel „Jugend und Parlament“ vom 1. bis 4. Juni 2019 im Deutschen Bundestag wird das für 355 Jugendliche im Alter von 17 bis 20 Jahren aus ganz Deutschland Realität. Die von Mitgliedern des Bundestages nominierten „Nachwuchspolitiker“ werden im Planspiel das parlamentarische Verfahren nachstellen und verschiedene Gesetzesinitiativen simulieren. Ziel der Simulation ist nicht politische Inhalte, sondern die

Arbeitsweise des Bundestages zu vermitteln. Konkret soll die Arbeit eines Abgeordneten näher gebracht werden. Die Jugendlichen üben sich dabei insbesondere im Debattieren.

Vor vollbesetzten Rängen werden bei der abschließenden Sitzung unter Leitung des Bundestagspräsidenten Redner aller „Spielfraktionen“ im Plenarsaal ans Pult treten und versuchen, Mehrheiten für ihre politischen Anliegen zu gewinnen. Zur Debatte stehen beispielsweise Entwürfe zur Einführung bundesweiter Volksabstimmungen sowie zur Verbesserung des Tierschutzes in der Landwirtschaft. Im Anschluss an die

Simulation erhalten die Teilnehmer die Gelegenheit, mit Vertretern der Bundestagsfraktionen zu diskutieren, wie realitätsgetreu „Jugend und Parlament“ die parlamentarische Arbeit abbildet.

Marco Wanderwitz steht in diesem Jahr erneut als Pate bereit, nicht zuletzt wird er auch selbst für Gespräche zur Verfügung stehen.

Die wichtigsten Termine im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes:

2. Juni: Fraktions- und Ausschusssitzungen

3./4. Juni: jeweils Plenarsitzung mit Schlusswort des Bundestagspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble

Interessierte können sich direkt bei Marco Wanderwitz unter marco.wanderwitz@bundestag.de bewerben. Bewerbungsschluss ist der 15. März 2019. Insbesondere richtet sich dieses Angebot an Schulklassen ab der 10. Jahrgangsstufe, organisiert wird das Planspiel durch den Besucherdienst des Deutschen Bundestages. Die Kosten für Reise, Unterkunft und Verpflegung übernimmt der Deutsche Bundestag.

Darum CDU!
Bei uns sind Sie richtig!

Fünf gute Gründe, jetzt CDU-Mitglied zu werden:

1. Sie wollen mitreden? Sie wollen etwas ändern? Sie wollen sich nicht alles vorschreiben lassen? Dann machen Sie mit in der CDU! Gemeinsam können wir viel bewegen.
2. Treten Sie ein für eine christlich-demokratische Politik, die Ihren Wertvorstellungen entspricht.
3. Mit der CDU an der Spitze der Bundesregierung steht unser Land heute sehr gut da. Deutschland ist wieder Spitze in Europa. Werden Sie Teil dieser Erfolgsgeschichte.
4. Auf allen Ebenen der CDU können Sie sich mit Ihren Ideen und Vorschlägen beteiligen. Machen Sie mit!
5. Beteiligen Sie sich als Mitglied an Entscheidungsprozessen der CDU auf unterschiedlichen Ebenen. Von der Mitbestimmung über örtliche Kandidaten zum Ortschaftsrat, Stadtrat oder Kreistag bis zur Formulierung von Vorschlägen für´s Bundestagswahlprogramm.